

## Inhaftiert, politisch interessiert und engagiert? Politische Bildung im Jugendstrafvollzug

*Jens Borchert, Roman Guski*

Auch Jugendliche, die in Haft sind, haben ein Recht auf Bildung, Information und Teilhabe. Doch mit Haftantritt bleibt ihnen der Zugang zu Seminaren, Ausstellungen, Bildungsfahrten sowie anderen Angeboten politischer Bildung verschlossen. Der Unterricht in den Justizvollzugsanstalten, der zielstrebig auf einen Schulabschluss vorbereiten soll, kann dies nicht aufwiegen. Die gängigen Lehr- und Lernmaterialien sind abstrakt und weit weg von der Lebensrealität der Inhaftierten. Politik vermittelt in Haftanstalten häufig das TV-Gerät. Es gibt kein freies Internet, viele Einschränkungen und wenig Personal. Anzunehmen ist, dass die Jugendlichen auch zuvor in Freiheit wenig Kontakt zu politischer Bildung hatten. Die meisten Inhaftierten haben nur eine geringe formale Bildung, wobei Studien einen Anteil von bis zu 75 Prozent ohne Schulabschluss errechnet haben (Bierschwale 2001; Borchert et al. 2011).

Es gibt aber auch Lichtblicke: Engagierte Lehrer\*innen setzen neben Mathe und Deutsch auch politische Bildung auf den Stundenplan und einige außerschulische Bildungsträger machen mit ihren Projekten das Gefängnis zum Lernort. Über die Vielfalt und Nachfrage dieser Angebote und die politische Bildung junger Menschen in Haft war bisher wenig bekannt. Die Pilotstudie »Politische Bildung im Jugendstrafvollzug – Angebote, Bedarfe, Leerstellen« des Anne Frank Zentrums und der Hochschule Merseburg, gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung, bringt daher wegweisende Erkenntnisse.

### Erste bundesweite Erhebung zum Thema

Für die Untersuchung wurden die Selbst- und Fremdeinschätzung der inhaftierten Jugendlichen sowie die verschiedenen Lernwelten in den Blick genommen: frontales Lernen durch Unterricht (formal), prozesshaftes Lernen in Projekten (non-formal) und beiläufiges Lernen innerhalb der Peer-Gruppe (informell). Bundesweit wurden 29 Mitarbeiter\*innen der Justizvollzugsanstalten, insbesondere der Pädagogischen Dienste, neun Projektmitarbeiter\*innen externer Bildungsträger sowie 765 inhaftierte Jugendliche (63 weiblich / 702 männlich) befragt. Die Jugendlichen machten in leicht verständlichen Fragebögen (in deutscher und arabischer Sprache) Angaben zu ihrem Wissen über Politik, ihrem Interesse an Politik, ihrer politischen Partizipation und ihren politischen Einstellungen. Mit Rücksicht auf den Datenschutz konnten nur Jugendliche an den Befragungen teilnehmen, die volljährig waren.

Die Erhebungen erfolgten mit Genehmigung der Justizministerien der Länder, der Kriminologischen Dienste sowie der jeweiligen Justizvollzugsanstalten zwischen März und Oktober 2019. Insgesamt wurden in 15 Bundesländern Daten erhoben (aus Baden-Württemberg lag keine Genehmigung des Kriminologischen Dienstes vor). In der Regel waren Projektmitarbeiter\*innen vor Ort in den Anstalten, um die Fragebögen auszugeben und qualitative Interviews durchzuführen.

Bildungsträger, die politische Bildung in Haftanstalten anbieten, wurden über die Webseiten der Haftanstalten sowie staatliche Demokratie-Programme recherchiert und einbezogen. Die Leitfaden-Interviews wurden mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring und softwaregestützt mit dem Programm MAXQDA, die Daten aus den Fragebögen mit dem Statistikprogramm SPSS ausgewertet.

## **Freiheitsentzug darf kein Entzug politischer Bildung sein**

Ein zentrales Ergebnis der Studie ist: Politische Bildung ist von zentraler Bedeutung für den Strafvollzug, kommt aber weithin zu kurz. Und sie steht vor großen Herausforderungen: Einerseits ist es ein Ziel, Jugendliche und Heranwachsende auf ein mündiges Leben in Freiheit vorzubereiten, andererseits beschränken die hierarchischen Strukturen die Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Inhaftierten. Vor allem die Schule als Ort der formalen Bildung unterliegt diesen institutionellen Bedingungen und bleibt weitgehend auf die Vermittlung kognitiven Wissens beschränkt. Themen wie Föderalismus, Wahlen und Gewaltenteilung stehen auf dem Lehrplan. Der Prüfungsdruck ist hoch. Wo der zeitliche Rahmen es aber ermöglicht, werden offene Diskussionsräume geschaffen und Themen der Gefangenen diskutiert. Zumeist sind politische Themen aber nur in Unterrichtsfächern wie Ethik oder Gemeinschaftskunde präsent. Die Kenntnisse und das Interesse der Inhaftierten an Politik und Geschichte schätzen die befragten Lehrer\*innen und Sozialarbeiter\*innen allgemein als gering ein. Manche der Jugendlichen wüssten selbst »mit dem Namen Adolf Hitlers kaum etwas (zu) verbinden«. Die Befragung der Mitarbeiter\*innen im Strafvollzug hat auch ergeben, dass es dem Personal an Wissens- und Handlungskompetenz fehlt, etwa im Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

In den non-formalen Projekten von externen Bildungsträgern gelingt es, die Restriktionen des Strafvollzugs teilweise aufzuheben: Die Mitarbeiter\*innen sind nicht Teil des Sanktionssystems und schaffen Lernräume, in denen sich die Inhaftierten relativ frei bewegen können. Auf diese Weise wird ein offener Meinungs austausch ermöglicht. Die Projekte zielen auf Fähigkeiten zur Konfliktlösung, die Akzeptanz anderer Meinungen und die Stärkung persönlicher Fähigkeiten. Inhaltlich geht es in den Projekten um tagesaktuelles und historisches Geschehen oder Fragen, die sich auf die Identität, die Haftsituation und die Zukunftsperspektiven der Teilnehmenden beziehen. Die Methoden und Inhalte sind dabei vielfältig. Genutzt werden zum Beispiel künstlerische und medienpädagogische Zugänge (Theater, Film, Rap, Poetry Slam), erlebnispädagogische Sportangebote (Fußball, Rad und Kanu fahren) und gedenkstättenpädagogische Formate (Ausstellungen, Besuch von Erinnerungsorten). Laut den politischen Bildner\*innen werden die Projekte in den Justizvollzugsanstalten mit einer gewissen Skepsis gesehen, die während der Durchführung und mit sichtbaren Erfolgen schwindet. Als problematisch werden der enge zeitliche Rahmen von Projekten und die fehlende Planungssicherheit der Träger beschrieben, was der nachhaltigen Arbeit entgegenstehe.

Durch die Nutzung verschiedener Medien und innerhalb der Gruppe der Gefangenen lernen inhaftierte Jugendliche auch informell etwas über Politik. Im Gefängnis entfalten sich subkulturelle Aktivitäten besonders, da die Institution die Jugendlichen auf ihren Haftstatus beschränkt und alle Lebensbereiche überwacht. Die Jugendlichen versuchen sich dieser Kontrolle zu entziehen und sich etwas Individualität zu bewahren, sind aber auch auf der Suche nach Identität und Orientierung. Das informelle Lernen innerhalb der Gefangenen-Subkultur passiert beiläufig und bleibt in der Regel

im Verborgenen. Eine Chance für die politische Bildung liegt darin, diesen Lernraum für gesteuerte Bildungsprozesse aufzuschließen. Ein geeignetes Instrument dafür können Peer-Education-Konzepte sein, die Inhaftierte befähigen, sich selbst Wissen anzueignen und an andere weiterzugeben. So kann Einfluss darauf genommen werden, wie Themen innerhalb der Gruppe der Inhaftierten vermittelt werden. Peer-to-Peer-Ansätze wirken zugleich niedrigschwellig (auf der Ebene der Anforderungen) und komplex (auf der Ebene der Einbindung der gesamten Persönlichkeit). Sowohl von Seiten der JVA-Mitarbeiter\*innen als auch von den politischen Bildner\*innen werden sie als besonders wirksam beschrieben.

### Interessant sind politische Themen, die lebensweltnah sind

Die Befragung der Jugendlichen in Haft zeigt deutlich: Ein Interesse am politischen Geschehen, eine Auseinandersetzung mit politischen Themen oder die Bereitschaft, sich zu engagieren, setzt einen Bezug zur eigenen Lebenswelt voraus. Die befragten Inhaftierten geben an, nur wenig über Politik zu wissen. Politische Bildung wird von ihnen vor allem als kognitive Kategorie verstanden – etwa, »zu wissen, was in der Welt gerade läuft und was in Deutschland passiert« oder das politische System, Politiker\*innen und Parteien zu kennen. An Fragen der Aufklärung, der aktiven Auseinandersetzung mit Politik und Formen politischer Partizipation oder denken die befragten Jugendlichen dabei weniger. Auch einen Zusammenhang zwischen politischer Bildung und Fragen, die ihre eigene, unmittelbare Situation in Haft und ihre Zukunft in Freiheit betreffen, sehen nur wenige.

Der überwiegende Teil der befragten Jugendlichen gibt an, mittelmäßig, wenig oder überhaupt kein Interesse an Politik zu haben. Hier lohnt es sich, genauer hinzuschauen: Neben den eigenen Lebensumständen und Zukunftsfragen (familiäre, wohnliche und berufliche Situation) beschäftigen die Jugendlichen auch explizit politische Themen. Besonders häufig genannt werden Klimawandel und Umweltschutz sowie Migration, aber auch Themen nationaler und internationaler Politik, die medial besonders präsent sind (zum Beispiel: Ost-West-Unterschiede, »Brexit«, Präsidentschaft Trumps). Das Fernsehen wird von 78 Prozent der Befragten als Informationsquelle für politische Inhalte genutzt. Radio (36 Prozent), Gespräche (35 Prozent), Unterricht (26 Prozent), Zeitung (19 Prozent) und Internet (18 Prozent) sind demgegenüber von nachrangiger Bedeutung.

Um Aussagen über die politische Partizipation zu treffen, wurde die Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen abgefragt: Etwa die Hälfte zeigt sich bereit, an Parlamentswahlen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene teilzunehmen. Die Bereitschaft an der Wahl zur Gefangenenmitverantwortung, der Interessenvertretung von Gefangenen in Justizvollzugsanstalten, ist demgegenüber deutlich höher. Etwa zwei Drittel der Befragten geben an, ganz sicher oder wahrscheinlich an so einer Wahl teilzunehmen. Darüber, ob die Befragten auch tatsächlich an diesen Wahlen teilnehmen, kann keine Aussagen getroffen werden.

Viele Jugendliche geben an, sie hätten sich bereits als Klassensprecher\*in engagiert, an Demonstrationen teilgenommen, sich im Internet über politische Aktionen informiert und sich an Unterschriften-Sammlungen beteiligt. 31 Prozent geben an, sie hätten nie an solchen Aktivitäten teilgenommen.

Im Zuge der Befragung zeigte ein Teil der Befragten relativ offen rechtsextreme, islamistische und menschenverachtende Einstellungen. Die politische Einstellung der Inhaftierten wurde auf einer Links-Rechts-Skala gemessen. Insgesamt geben 47 Prozent der Befragten an, sich weder als links noch als rechts einzustufen. 31 Prozent geben eine (eher) linke Einstellung und 22 Prozent eine (eher) rechte Einstellung an. Im Ost-West-Vergleich zeigt sich ein deutlicher Unterschied: Während die Befragten in westdeutschen Anstalten das gesamte politische Spektrum abdecken und sich im vor allem im (eher) linken Spektrum (37 Prozent) sowie der politischen Mitte (44 Prozent) verorten, tendieren Befragte aus ostdeutschen Gefängnissen deutlicher zu rechten Einstellungen. Demnach verorteten sich 34 Prozent im (eher) rechten, nur 6 Prozent im (eher) linken Spektrum und 60 Prozent in der politischen Mitte (»weder links noch rechts«).

Die Jugendlichen wurden auch dazu befragt, was sie unter linken und rechten Positionen verstehen. Als Unterscheidungskriterien dienten zum einen universelle Werte (»Menschenrechte«) bzw. nationalistische Vorstellungen (»Deutschland und die Deutschen«), zum anderen auch Parteien: Als linke Parteien werden B'90/GRÜNE, DIE LINKE sowie die SPD, als rechte Parteien AfD, NPD sowie vereinzelt FDP und CDU/CSU angegeben. Am häufigsten aber wurden die politischen Spektren anhand ihrer Haltung zur Migration unterschieden. Da Migration in der Befragung sowohl als »derzeit wichtigstes Thema« als auch Hauptunterscheidungsmerkmal der politischen Spektren angegeben wurde, die eigene Lebenswelt der Inhaftierten (etwa durch die eigene Migrations-/Fluchterfahrungen oder die von anderen Inhaftierten) direkt betrifft und von allgemein hoher gesellschaftlicher Relevanz und Sprengkraft ist, sollte es für zukünftige Projekte der politischen Bildung von großer Bedeutung sein.

## Was ist zu tun? Drei zentrale Empfehlungen

Ein wichtiges Anliegen war es, Leerstellen und Bedarfe der politischen Bildung im Strafvollzug auszumachen, um daraus Handlungsempfehlungen für die Praxis abzuleiten. Die Studie empfiehlt mehr externe, lebensweltbezogene Bildungsangebote, Zeit und Fortbildung für das Personal in Justizvollzugsanstalten und einen stetigen Fachaustausch von Mitarbeiter\*innen aus Bildung, Justiz und Verwaltung. Als zentrale Empfehlungen lassen sich benennen:

- Um Regel- und Projektangebote stärker zu verzahnen, sollte die Kooperation zwischen Mitarbeiter\*innen im Strafvollzug und externen politischen Bildner\*innen intensiviert werden.

Gelingen kann dies durch Netzwerke der politischen Bildung, den regelmäßigen Fachaustausch und die gemeinsame Konzeption von Projekten. Dies stärkt das gegenseitige Verständnis und den Wissenstransfer der Akteure sowie die Nachhaltigkeit der Bildungsprozesse.

- Die politische Bildung im Strafvollzug sollte professionalisiert werden. Sinnvoll wäre es, Fachstellen in den Justizvollzugsanstalten einzurichten, die politische Bildungsangebote koordinieren und Fortbildungen durch externe Träger sicherstellen. Bedienstete, insbesondere Mitarbeiter\*innen in pädagogischen Arbeitsfeldern, benötigen Beratung sowie Wissens- und Handlungskompetenz im Umgang mit menschenverachtenden Ideologien.

- Bei der Entwicklung von neuen Projekten und pädagogischen Materialien müssen die verschiedenen Lernwelten, Anforderungen an die spezifische Zielgruppe und Besonderheiten der Haft bedacht werden. Hierzu sollten vor allem kreative Methoden und Peer-Education-Formate zum Einsatz kommen. Sinnvoll wären Bildungsmaterialien zu Themen der politischen Bildung, die den Bildungshintergrund und die besondere Lebenslage der Inhaftierten berücksichtigen.

### Hinweis

---

Weitere Bedarfe und Handlungsempfehlungen sind einer 60-seitigen Publikation des Anne Frank Zentrums zu entnehmen, die zentrale Ergebnisse der Studie zusammenfasst. Ein umfassender Forschungsbericht erscheint voraussichtlich dieses Jahr im Beltz-Verlag.

[https://www.annefrank.de/fileadmin/user\\_upload/bericht\\_strafvollzug\\_web.pdf](https://www.annefrank.de/fileadmin/user_upload/bericht_strafvollzug_web.pdf)

### Autoren

---

**Prof. Dr. Jens Borchert** hat Lehramt an der Universität Leipzig studiert. Nach dem 2. Staatsexamen absolvierte er eine Weiterbildung zum Sozialarbeiter. Er war von 1999 bis 2010 im sächsischen Justizvollzug tätig. 2010 erhielt er den Ruf auf eine Professur an die Technische Hochschule Nürnberg, seit 2014 ist er Professor für Sozialarbeitswissenschaft in Merseburg. Seit mehreren Jahren bietet er in verschiedenen Justizvollzugsanstalten Peer-to-Peer-Projekte an, in denen Studentinnen und Studenten mit den Inhaftierten arbeiten.

**Roman Guski**, M.A. hat Politikwissenschaften, Soziologie und Neuere Geschichte Europas in Rostock studiert. Seit 2017 arbeitet er am Anne Frank Zentrum im Arbeitsbereich Wanderausstellungen. Als Projektleiter verantwortet er die Bildungsarbeit des Anne Frank Zentrums im (Jugend-)Strafvollzug. Zuvor war er für verschiedene Stiftungen, Gedenkstätten und Museen im Feld der historischen und politischen Bildung tätig.

### Kontakt

Hochschule Merseburg

Prof. Dr. Jens Borchert

Eberhard-Leibnitz-Str. 2

06217 Merseburg

Tel: (03461) 46 22 45

E-Mail: [jens.borchert@hs-merseburg.de](mailto:jens.borchert@hs-merseburg.de)

Internet: [www.hs-merseburg.de](http://www.hs-merseburg.de)

Anne Frank Zentrum e. V.

Roman Guski

---

Rosenthaler Straße 39

D-10178 Berlin

Tel: (030) 28 88 656-34

E-mail: [guski@annefrank.de](mailto:guski@annefrank.de)

Internet: [www.annefrank.de/anne-frank-zentrum](http://www.annefrank.de/anne-frank-zentrum)

## Redaktion

---

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)